

The Financial Crisis in the US: Transatlantic Implications in Light of the Presidential Elections

15. Mai 2008 Washington DC, USA

Am 15. Mai organisierte die Friedrich-Ebert Stiftung einen Gesprächskreis mit Abgeordneten des Bayerischen Landtages sowie den amerikanischen Finanzexperten Dean Baker und Tony Avirgan. Thema dieses Gesprächskreises war die Finanzkrise in den USA und ihre transatlantischen Auswirkungen.

Dean Baker betonte Eingangs, dass die jetzige Finanzkrise vorhersehbar gewesen wäre. Die heute spürbaren Auswirkungen der Aktien und Immobilienkrise seien erst ein Anfang. Mitunter sei die Vergabe von "faulen" Krediten schuld an der jetzigen Situation (statt angemessenen 25% wurden oft nur 8% verlangt). Durch gefallene Immobilienpreise seien die Kreditschulden oftmals höher als der momentane Wert der Häuser, was enorme Probleme für die Schuldner mit sich bringe. Dies sei verursacht durch nicht-marktgerechte Preise und Praktiken. Seit einigen Monaten sei zudem noch ein Arbeitsplatzverlust zu verzeichnen. Momentan sei der Konsum noch konstant, man könne aber einen Rückgang erwarten. Problematisch sei, dass das Eigenheim oftmals die einzige Sparquelle sei. Dazu käme oftmals noch eine sog. Doppelverschuldung. Nach Einschätzung Bakers befinden sich die Vereinigten Staaten bereits heute in einer Rezession.

Tony Avirgan stimmte der Einschätzung Bakers zu, dass sich die USA in einer Rezession befänden. Avirgan legte den Fokus seines Vortrags v.a. auf die Entwicklung des Mittelstands in den letzten 30 Jahren. Die Reallöhne seien in diesem Zeitraum gefallen. Große Unternehmen fühlten sich ihren Mitarbeitern nicht mehr verbunden und der Status des Arbeitnehmers habe sich drastisch zum negativen verändert. Seit 2001 seien ca. 3.3 Mio. Arbeitsplätze ins Ausland verlagert und lediglich 5.3 Mio. neu geschaffen worden. Die Suche nach der billigsten Produktionsart habe eine Verschiebung von Arbeitsplätzen zur Folge. Dazu komme, dass die Einkommen der unteren 20% der Bevölkerung sei seit dem Ende der 90er Jahre um 2,5% gefallen sind. Bei der Mitte der Gesellschaft sei es lediglich um 1,3% gestiegen. Bei dem oberen Drittel der Bevölkerung sei ein Anstieg von 9% zu verzeichnen. Schuld sei nach Ansicht Avirgans mitunter das NAFTA-Abkommen, dass die Arbeitnehmersicherheit bedrohe. Handelsabkommen seien in den USA generell nur schwer zu erreichen. Avirgan erhofft sich von einer neuen Regierung die Entwicklung eines neuen Modells, ist jedoch nur eingeschränkt optimistisch.

In den letzten 30 Jahren sei eine Produktivitätssteigerung zu verzeichnen gewesen. Dennoch seien die Löhne fast konstant geblieben. Der gesteigerte Wohlstand sei bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht angekommen. Gewerkschaftliche Zusammenschlüsse zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer seien schwierig und brächten Probleme für die Arbeitnehmer mit sich.

Die anschließende rege Diskussion zeigte, inwieweit die Auswirkungen der Krise auch in den einzelnen Bundesländern Deutschlands spürbar sind. Die enormen Abschreibesummen deutscher Banken, wie z.B. der Bayerischen Landesbank, wurden hierbei intensiv diskutiert.